

70 Jahre Pakistan

Eine bewegte Geschichte

In innen- und außenpolitisch bewegten Zeiten feiert die Islamische Republik Pakistan am 14. August 2017 ihren 70. Geburtstag.

Aus der Reihe von bisher 28 Premierministern und Interimspremierministern seit 1947 kam noch keiner dazu, seine Amtszeit regulär zu Ende zu führen. Es waren bisher immer die gleichen drei Gründe für das vorherige Ausscheiden aus dem Amt: Der Nachweis von Korruption, eine Intervention des Militärs oder ein Attentat. Der im aktuellen „Panama-Paper-Prozess“ vom Obersten Gerichtshof zum Rücktritt gedrängte Nawaz Sharif ist insofern eine Besonderheit, da er bereits drei Amtszeiten als Premierminister begonnen, aber nie beendet hat.

Dazu kommen im Laufe der 70 Jahre, je nach Lesart, mindestens drei bewaffnete Konflikte mit dem Nachbarstaat Indien, die Abspaltung Ostpakistans, das heutige Bangladesch, die Entwicklung hin zu einer Atommacht und ein nach wie vor nicht gelöster Grenzstreit um Kaschmir. Besonders der Kaschmirkonflikt bewegt sich nach einigen Jahren der scheinbaren Entspannung wieder in die andere Richtung.

Einige der Gründe für die wechselhafte Geschichte Pakistans sind nicht erst am 14. August 1947, sondern wesentlich früher zu finden.

Entwicklungen bis zur Staatsgründung 1947

Britische Kolonialzeit

Nach einer annähernd einhundertjährigen Kampagne der „British East India Company“

wurde der indische Subkontinent 1857 britische Kolonie. Die Inklusionsbemühungen der Kolonialherren beim Aufbau des Verwaltungsapparates beschränkten sich hauptsächlich auf die hinduistische Bevölkerung und klammerten den muslimischen Bevölkerungsteil aus. 1885 wurde zunächst der von Hindus dominierte Indische Nationalkongress gegründet, um damit eine politisch hörbare Stimme der einheimischen Bevölkerung zu haben. Die britische Kolonialverwaltung erkannte das klassische Potenzial des „divide et impera“ und trieb den Keil zwischen Hindus und Moslems. Durch eine in interreligiösen Konflikten gefesselte Bevölkerung fiel die Verwaltung des riesigen indischen Subkontinentes wesentlich leichter.

1905 teilte der damalige Vizekönig Lord Curzon die Provinz Bengalen in eine muslimische und eine hinduistische Zone. Bei diesem Schnitt wurden nur grob die religiösen Gegebenheiten berücksichtigt. Die daraufhin ausbrechenden Gewaltakte und Proteste zwischen Moslems und Hindus deuteten zum einen an was 1947 noch viel schlimmer folgen sollte und zum anderen mündeten sie in der Erkenntnis, dass die Moslems eine eigene politische Vertretung benötigten. 1906 wurde daraufhin von muslimischen Vertretern mit Zustimmung des Vizekönigs die All India Muslim League (AIML) gegründet. Da die Teilung Bengalens weiterhin umkämpft blieb, wurde die Provinz 1911 wiedervereint, was insbesondere auf Seiten der Moslems als Affront aufgefasst wurde.

Muslimisches Selbstbewusstsein

An dieser Stelle tritt zum ersten Mal Quaid-e-Azam Muhammad Ali Jinnah in Erschei-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. LUTZ VIEHWEGER

UNTER MITARBEIT VON
FAWAD HAIDER

August 2017

nung, der bis zu diesem Zeitpunkt als Mitglied des Indischen Nationalkongresses von der friedlichen Koexistenz der Religionen überzeugt war und nicht die Notwendigkeit einer muslimischen Partei sah. Er wechselt 1913 zur AIML und glaubte zumindest da noch, ähnlich wie sein zukünftiger Gegenspieler Mahatma Gandhi, dass Indien groß genug für zwei Religionen sei. Im Zuge des Ersten Weltkrieges kam es vorübergehend zu einer erneuten Annäherung der Religionen. Durch den Lucknow-Pakt, verhandelt durch Ali Jinnah, entschlossen sich Indischer Nationalkongress und AIML zum gemeinsamen Vorgehen gegen die britischen Besatzer. Die Bewegung gegen die Besatzer hielt an und bekam durch einige Vorfälle in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg neuen Schwung. Bei einem tragischen Zwischenfall erschossen britische Truppen in Amritsar 1919 über 350 Demonstranten, Hindus, Moslems und Sikhs, die friedlich gegen die Fremdherrschaft demonstrierten. Dieser Schwung des Protestes setzte sich bis in die dreißiger Jahre fort und mündete in den erstmals gestatteten landesweiten Parlamentswahlen von 1937.

Beginn der Zweistaatenlösung

Bis zu diesem Zeitpunkt wurden Verhandlungen über die Zukunft des Subkontinents zwischen Briten, dem Indischen Nationalkongress und der AIML geführt. Nach dem Ausgang der Wahl wurde aber schnell ersichtlich, dass eine Gleichbehandlung von Moslems und Hindus auf Grund der Wahlergebnisse nicht zu erwarten war. 716 der möglichen 1161 Parlamentssitze gingen an den Indischen Nationalkongress und nur die mehrheitlich muslimisch bewohnten Provinzen Sindh, Punjab, Bengalen und North-West-Frontier-Province an die AIML. Die Zweistaaten Idee nahm ab diesem Moment Fahrt auf und wurde 1940 mit der Lahore Resolution das erklärte Ziel der AIML. Durch die Belastungen des Zweiten Weltkrieges sah sich Großbritannien mit der Verwaltung seiner Kolonie Indien an Grenzen stoßen. Die Unabhängigkeitsbewegung „Quit India“ Mahatma Gandhis führte nicht direkt zum Erfolg, machte aber deutlich, dass Indien mehr und mehr unregierbar

wurde. Zahllose Gewalttaten der Besatzer und die massenhafte Protestbewegung zeugen davon. Gandhi blieb in dieser Zeit im Gespräch mit Ali Jinnah, um die Teilung nach Religionen zu verhindern. Nach der Lahore Resolution 1940 und erst recht nach den blutigen Folgen des Direct Action Day 1946 war die Zweistaatenlösung nicht mehr abzuwenden. Der Direct Action Day war ein Generalstreik am 16. August 1946, organisiert durch die AIML, der ein Zeichen für die Zweistaatenlösung setzen sollte. In Kalkutta kam es dabei zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems an deren Ende über 5.000 Tote zu beklagen waren.

Die Lösung von damals ist das Problem von heute

Der britische Premierminister Clement Attlee teilte im Juni 1947 die Absicht mit, die britische Kolonie Indien in zwei souveräne Staaten zu teilen und in die Unabhängigkeit zu entlassen. Dabei orientierten sich die Planungen am sogenannten Mountbattenplan, benannt nach dem damaligen Generalgouverneur und Vizekönig von Indien, Lord Mountbatten. Dieser sah vor, Rücksicht auf die Religion der Bevölkerung zu nehmen und dementsprechend Grenzverläufe zu ziehen. Das muslimische Pakistan, grob zu übersetzen mit dem „Land der Reinen“, und das hinduistisch geprägte Indien sollten nun innerhalb von wenigen Wochen geschaffen werden. In dem sehr engen Zeitplan spielten die zukünftigen Grenzverläufe zwischen den beiden umstrittensten Regionen Punjab und Bengalen nach der Religionszugehörigkeit der Einwohner die entscheidende Rolle. Die Zeit dafür war sehr beschränkt, da Mountbatten den Unabhängigkeitstag auf den 15. August 1947 festgelegt hatte. Die Landvermesser waren zuvor noch nie in Indien und konnten keine Begehung der zukünftigen Grenzregion durchführen. Ebenso wurde es einigen halbautonomen Fürstentümern innerhalb der ehemaligen Kolonie freigestellt durch ein Referendum zu entscheiden ob sie zu Pakistan oder Indien gehören möchten. Dazu zählte auch das Fürstentum Kaschmir.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. LUTZ VIEHWEGER

UNTER MITARBEIT VON
FAWAD HAIDER

August 2017

Am 14. und 15. August wurde zunächst die Gründung Pakistans in Karatschi gefeiert und dann die Gründung Indiens in Neu-Delhi. Die Grenzziehungen wurden aber erst am 16. August bekannt gegeben.

Pakistan setzte sich zusammen aus den westlichen Provinzen Sindh, Punjab, Belutschistan und den North-West-Frontier-Provinces sowie aus dem ca. 1.600 Kilometer entfernten Ost-Pakistan, dem früherem Bengalen. Alles dazwischen wurde Indien zugesprochen. Die Fürstentümer innerhalb beider Grenzen sollten nach und nach abstimmen welchem Staat sie beitreten, oder ob sie die Unabhängigkeit behalten wollen.

Etablierung Pakistans bis 1971

Die Teilung

Rund um die Teilung Indiens und Pakistans spielte sich ein humanitäres Drama ab: Annähernd 20 Millionen Menschen mussten ihre Heimat innerhalb kürzester Zeit in einer wilden Flucht in beide Richtungen verlassen. Je nach Schätzung verloren zwischen 750.000 und zwei Millionen Menschen ihr Leben. In den Wochen nach der Teilung wurden zahllose Verbrechen an der Bevölkerung begangen: von beiden Seiten, an beiden Seiten. Alte Rechnungen wurden beglichen und der bis heute währende Hass wurde gesät. Dabei machte es keinen Unterschied ob nun ein Hindu aus einer pakistanischen Stadt oder ein Moslem aus einer indischen Stadt vertrieben wurde. Das Potenzial für solche Vorfälle war ohne Zweifel vorher erkennbar, aber erst durch den verantwortungslosen Zeitplan Mountbattens und die späte Mitteilung über die Grenzziehung entlud sich die angespannte Situation in Gewaltexzessen. Die noch stationierten britischen Truppen waren nicht in der Lage bzw. beabsichtigen nicht, sich massiv für die Aufrechterhaltung einer sozialen Ordnung einzusetzen.

Da die muslimische Bevölkerung kaum einen personellen Anteil an der britischen Verwaltung stellte, wurde Pakistan gegründet, ohne einen existierenden Verwaltungsapparat zu haben. Ebenso waren die Indust-

rie, die Infrastruktur und das Militär äußerst schwach ausgestaltet bzw. ausgestattet. Die Konsequenzen dieser Geburtsfehler setzen sich über eine lange Abfolge von Streitigkeiten bis heute fort.

Der erste Kaschmir-Krieg

Der Maharadscha Kaschmirs, Hari Singh, versuchte das von den Briten angedachte Plebiszit hinauszuzögern, um so eine eventuelle Unabhängigkeit zu erreichen. Da weite Teile der Bevölkerung Kaschmirs muslimisch waren, nur die Region Jammu wurde mehrheitlich von Hindus bewohnt, sah Pakistan den Anschluss Kaschmirs als erste Staatspflicht. Um einer militärischen Intervention pakistanischer Freischärler und später auch regulärer Truppen etwas entgegenzusetzen, wandte sich der Maharadscha hilfesuchend an Indien und schloss sich am 26. Oktober Indien an. Die Inder entsandten unverzüglich Truppen und traten in den Ersten Kaschmir Krieg mit Pakistan ein. Dieser endete am 1. Januar 1949 mit einer Resolution der Vereinten Nationen, die faktisch eine Teilung Kaschmirs entlang der Line of Control beschloss. Darüber hinaus verpflichteten die Vereinten Nationen beide Staaten zur Abhaltung einer Volksabstimmung über die weitere Zugehörigkeit Kaschmirs. Diese Abstimmung hat bis heute nicht stattgefunden und ist einer der Stachel in der friedlichen Koexistenz zwischen Indien und Pakistan.

Die frühen Jahre Pakistans

Ali Jinnah als Vater der Nation überlebte die Gründung Pakistans nur bis zum 11. September 1948 als er an Tuberkulose starb. Parallel zu ihm als zeremoniellen Generalgouverneur hatte der erste Premierminister Pakistans Liaqat Ali Khan die Ausrichtung Pakistans als islamischen Staat vorangetrieben und die Verfassung danach ausgerichtet. Khan fiel 1952 vor dem Ende seiner Amtszeit einem Attentat zum Opfer.

Die erste Verfassung Pakistans trat 1956 in Kraft und legte den Namen der Islamischen Republik Pakistan fest. Leider bot die Verfassung zu viele Lücken und Schwachstel-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. LUTZ VIEHWEGER

UNTER MITARBEIT VON

FAWAD HAIDER

August 2017

len, was 1958 zum ersten Staatsstreich des Militärs führte. General Muhammad Ayub Khan ernannte sich nach der Umgestaltung Pakistans zu einer Präsidialdemokratie zum Präsidenten und regierte bis 1969. In seine Regierungszeit fällt auch der zweite Kaschmir Krieg (August bis September 1965), der aufgrund von wiederholten Grenzverletzungen beider Seiten in Kaschmir ausbrach und sich zu einem ernststen militärischen Konflikt entlang der gesamten Grenze zwischen den verfeindeten Bruderstaaten auswuchs. Durch das diplomatische Eingreifen der damaligen UDSSR und der USA konnte erneut eine Resolution der Vereinten Nationen den Konflikt beenden und den „Status Quo Ante Bellum“ wiederherstellen. General Ayub übergab 1969 an einen weiteren General. General Yahya Kahn sah aber die Zeit gekommen, dass zivile Vertreter die politische Macht mitgestalten sollten und ermöglichte innerhalb von 90 Tagen 1970 Wahlen.

Konflikt um Ostpakistan

Doch im eigentlichen Moment der Freude über die Wahlen und den ersten Schritt hin zur Demokratie ergab sich der nächste Konflikt. Die räumliche Teilung zwischen West- und Ostpakistan schlug sich auch politisch nieder. Bei den Wahlen 1970 gewann die ostpakistanische Awami League mit ihrem Anführer Sheikh Mujeeb ur Rehman durch die Bevölkerungsmehrheit im dicht besiedelten Ostpakistan die Mehrheit der Sitze im Bundesparlament. Allerdings gewannen sie keinen einzigen Sitz in den vier westlichen Provinzen Pakistans. Dort konnte Zulfiqar Ali Bhuttos Pakistan Peoples Party (PPP) eine deutliche Mehrheit gewinnen. Motiviert durch den deutlichen Sieg strebte Sheikh Mujeeb eine weitreichende Autonomie für Ostpakistan an. Nach einigen kleineren Zugeständnissen durch den faktisch immer noch herrschenden General Yahya Khan, wurde Sheikh Mujeeb immer fordernder und ließ große Demonstrationen und zivilen Ungehorsam in Ostpakistan zu. Dagegen ging General Yahya Khan ab März 1971 militärisch vor und es kam zum Bürgerkrieg. Sheikh Mujeeb floh ins indische Exil und rief dort die unabhängige Republik Bangladesch aus. Nach einigen Monaten griff Indien zu-

nehmend in den Konflikt ein und im Dezember kam es dann zum offenen Krieg zwischen Indien und Pakistan. In Ostpakistan endete dieser am 16. Dezember mit der vollständigen Kapitulation der pakistanischen Einheiten. Entlang der indischen Grenze zu Westpakistan wurde am 17. Dezember ein Waffenstillstand vereinbart. Faktisch verlor Pakistan durch die Unabhängigkeit Bangladeschs 56% seiner Einwohner (ca. 70 Millionen), einen großen Teil der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und weite Teile seines Militärs. Gewonnen hatte Pakistan eine demokratische Regierung.

Scheitern der Demokratie und Islamisierung bis 1988

Der erste Bhutto

General Yahya Khan trat im Angesicht der Niederlage zurück und übergab die Macht an den in Westpakistan gewählten Zulfiqar Ali Bhutto. Dieser wurde Premierminister und bemühte sich in den folgenden Jahren um die Etablierung der Demokratie und das Überwinden des Verlustes Ostpakistans. Unter seiner Führung wurde die noch heute gültige Version der Verfassung von 1973 verabschiedet und die Wirtschaft neu aufgestellt. Mit der Zeit wandelte sich der umgängliche Führungsstil Bhuttos immer mehr in einen autoritären, der mehr und mehr die Opposition unterdrückte. Vor den Wahlen von 1977 schloss sich die Opposition zu einer Allparteien Allianz zusammen und lag in sämtlichen Umfragen deutlich in Führung. Am Wahltag gewann aber die Partei Bhuttos, die PPP, überlegen die Mehrheit. Als Folge kam es zu einer massiven Protestwelle, die Bhutto zunächst mit Gewalt zu kontrollieren versuchte. Nach der Ausrufung des Kriegsrechts und weiteren Protesten, stimmte Bhutto Neuwahlen zu und verabschiedete sich zu einer längeren Auslandsreise. Diese legte die Opposition als Verzögerungstaktik aus. Durch das bereits verhängte Kriegsrecht angeheizt, kam es zum zweiten Staatsstreich in der Geschichte Pakistans und General Zia ul Haq übernahm am 5. Juli 1977 die Macht. Bhutto kam direkt nach seiner Rückkehr ins Gefängnis.

PAKISTAN

DR. LUTZ VIEHWEGER

UNTER MITARBEIT VON
FAWAD HAIDER**August 2017****Islamisierung unter Zia ul Haq**

General Zia ul Haqs erste Amtshandlung war es, politische Parteien als gescheitert zu erklären und einige politische Führer abzusetzen. Ebenso wird General Zia nachgesagt, an der Orchestrierung von Zulfiqar Ali Bhuttos Hinrichtung wegen angeblicher Anstiftung zum Mord an einem Oppositionspolitiker im Jahre 1979 beteiligt gewesen zu sein. Danach begann er systematisch, die militärischen, politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und pädagogischen Systeme Pakistans zu islamisieren. Er etablierte Scharia-Gerichte, bildete einen religiösen Beirat, welcher das Parlament ersetzte, führte das drakonische Blasphemie Gesetz ein und erlaubte die öffentliche Auspeitschung von Frauen. Darüber hinaus wurden in allen öffentlichen Schulen islamische Studien und Arabischunterricht obligatorisch eingeführt.

Zias Herrschaft wurde von den USA wegen der sowjetischen Invasion 1979 in Afghanistan und wegen der Rolle, die er bei der Bekämpfung der Invasoren spielen sollte, legitimiert und massiv unterstützt. Pakistan erhielt den Status einer „Most-Favored-Nation“ und bekam Unterstützung für die Modernisierung der Streitkräfte und die Versorgung der zahlreichen afghanischen Flüchtlinge im Land.

Zia ul Haq wollte in Pakistan eine Pseudodemokratie mit sich selbst als Präsident errichten. Zu diesem Zweck führte er 1984 ein umstrittenes Referendum durch, gefolgt von allgemeinen Wahlen im Jahr 1985 ohne zugelassene Parteien. Als Ergebnis der Wahlen wurde Muhammad Khan Junejo als „Stroh“-Premierminister ernannt. Anschließend wurde die historische 8. Verfassungsänderung verabschiedet, in der Artikel 58(2)b den Präsidenten ermächtigte, die Nationalversammlung einseitig aufzulösen und die gewählte Regierung abzusetzen. General Zia ul Haq wurde bei einer Explosion an Bord eines Militärflugzeugs 1988 getötet. Viele hochrangige Offiziere sowie der US-Botschafter waren mit an Bord. Es gab keine Überlebenden und die Ursache der Explosion ist bis heute unbekannt. Die gesellschaftlichen Veränderungen die durch General Zia ul Haq angestoßen wurden, be-

stimmen bis heute die pakistanischen Realitäten.

Wechselvolle Geschichte bis 2008**Jahrzehnt der instabilen Demokratie**

Nach dem Tod Generals Zia ul Haqs kam es 1988 zu Wahlen, die Benazir Bhutto, Tochter Zulfiqar Ali Bhuttos, mit der PPP gewinnen konnte. Dieser Wahlsieg war der Auftakt zu einem unruhigen Jahrzehnt, welches von zahlreichen erzwungenen Regierungswechseln zwischen der PPP und der Pakistan Muslim League – Nawaz (PLM-N) von Nawaz Sharif bestimmt wurde. Hierbei spielte die 8. Verfassungsänderung eine große Rolle, da zweimal Präsident Ghulam Ishaq Khan die Nationalversammlung vorzeitig auflöste und Neuwahlen ansetzte. Als Begründung wurde hauptsächlich Korruption und Vetterwirtschaft angeführt. Nach einem mehrfachen Wechsel zwischen Bhutto und Sharif gelang es Nawaz Sharif als Premierminister 1997 die 8. Verfassungsänderung rückgängig zu machen und die Macht des Präsidenten über die Auflösung des Parlamentes zu beschränken.

Atomkonflikt mit Indien und der Einfluss des Militärs

1998 führte Indien fünf erfolgreiche Atomtests durch und setzte damit Pakistans Armee und Nawaz Sharif unter Zugzwang. Die Reaktion waren sechs Atomtests in der Provinz Belutschistan die das Gleichgewicht zwischen Indien und Pakistan wieder herstellten und das regionale Gefüge Südasiens auf Jahre hinaus veränderten. Nun gab es zwei zutiefst verfeindete Nachbarstaaten mit einem Atomarsenal. Um die Spannungen beizulegen, trafen sich Nawaz Sharif und der indische Premierminister Atal Bihari Vajpayee im Februar 1999 in Lahore und unterzeichneten die Lahore-Erklärung die eine friedliche Lösung der Kaschmirkrise und eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen anstrebte.

Das pakistanische Militär unter Generalstabschef Pervaiz Musharaf empfand diesen politischen Schritt zur Lösung der Krise als

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. LUTZ VIEHWEGER

UNTER MITARBEIT VON
FAWAD HAIDER

August 2017

Affront und bereitete parallel zum Treffen der zivilen Führer in Lahore eine Offensive vor. Der Kargil-Konflikt begann mit der Besetzung von im Winter verlassenen indischen Höhenstellungen in der Grenzregion zwischen der pakistanischen Provinz Gilgit-Baltistan und der indischen Provinz Jammu und Kaschmir. Erst im Mai entdeckten die Inder, dass Ihre Stellungen besetzt wurden. Der bewaffnete Konflikt beschränkte sich hauptsächlich auf den gegenseitigen Beschuss mit Artillerie. Bis Mitte Juli 1999 wurden die pakistanischen Truppen wieder hinter die Line of Control gedrängt. Unter Vermittlung des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton konnte ein Waffenstillstandsabkommen verhandelt werden. Die pakistanische Seite spricht bis heute von Freiheitskämpfern und streitet jedwede Beteiligung regulärer Truppen ab.

Nach diesem militärischem Fehlschlag, der zwei Atommächte an den Rand eines offenen Krieges führte, war der Bruch zwischen der zivilen und militärischen Führung nicht mehr zu heilen. Nawaz Sharif versuchte Generalstabschef Musharraf abzusetzen, aber dieser kam ihm zuvor. Auf der Rückreise von einem Staatsbesuch in Sri Lanka wurde Nawaz Sharif für abgesetzt erklärt und General Pervaiz Musharraf führte den dritten militärischen Staatsstreich in der Geschichte Pakistans durch. Sharif und einige enge Vertraute wurden inhaftiert und nach einigem hin und her ins Exil nach Saudi-Arabien verwiesen. Dieser Staatsstreich verlief völlig unblutig und wurde von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert.

Militärdiktatur unter General Pervaiz Musharraf

General Musharraf erklärte sich nach einer Übergangszeit der Neukonsolidierung 2001 unter Beibehaltung des Amtes des Generalstabschefs zum Präsidenten. Durch die Anschläge auf das World Trade Center und den daraus resultierenden Krieg gegen den Terror wurde Pakistan erneut in den Fokus amerikanischer Bemühungen gerückt. Nach den pakistanischen Atomtests 1998 hatten die USA die militärische Unterstützung auf Eis gelegt. Wie schon zu Zeiten der sowjeti-

schen Invasion Afghanistans unterstützten die USA Pakistan erneut finanziell und militärisch. Diese enge Bindung an die USA brachte der faktischen Militärdiktatur General Musharrafs Akzeptanz auf weltpolitischer Ebene. Die Folgen des Bündnisschwurs mit den USA spürt Pakistan allerdings bis heute.

Im August 2002 wurden Wahlen durchgeführt, die von der Musharraf freundlich gesinnten Pakistan Muslim League-Quaid (PLM-Q) deutlich gewonnen wurde. Zafarullah Khan Jamali wurde zum Marionetten-Premierminister ernannt. General Musharraf bemühte sich im weiteren Verlauf durch Investitionen die Wirtschaftsförderung und die Infrastruktur seine Position weiter zu festigen. Er forcierte den Aufbau von privaten Medienhäusern und arbeitete an der Entspannung des Verhältnisses zu Indien. Der erste Busverkehr zwischen dem von Pakistan kontrollierten Kaschmir und dem indisch kontrollierten Kaschmir wurde im Jahr 2005 ins Leben gerufen.

Naturkatastrophe als Aufbruch zur Veränderung

Im Oktober 2005 traf den Norden Pakistans ein Erdbeben der Stärke 7,6 in der Nähe von Muzaffarabad. Schätzungen gehen davon aus, dass annähernd 100.000 Menschen ihr Leben verloren haben. Mehr als 135.000 Menschen wurden verletzt und über 3,5 Millionen wurden obdachlos. Bei den Bemühungen um akute Hilfe und den Wiederaufbau zeigte sich, dass auch ein Militärstaat Grenzen hat. Diese Erkenntnis brachte in Teilen der Bevölkerung den Nimbus des strahlenden Helden Musharraf ins Wanken.

Als letzten Tropfen brachte die Absetzung des Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes Iftikhar Muhammad Chaudhry im Jahr 2007 das Fass zum Überlaufen. Dieser Schritt löste einen landesweiten Protest der Anwälte und Richter aus. Zu dieser Zeit waren sowohl Nawaz Sharif als auch Benazir Bhutto nach Pakistan zurückgekehrt und forderten die Wiedereinsetzung des Obersten Richters. Am 20. Juli 2007 wurde Iftikhar Chaudhry auf Bestreben eines dreizehnköpfigen Richterremiums am Obersten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. LUTZ VIEHWEGER

UNTER MITARBEIT VON
FAWAD HAIDER

August 2017

Gerichtshof wieder eingesetzt. Im November 2007 erklärte General Musharraf den Ausnahmezustand, setzte die Verfassung aus und enthob Iftikhar Chaudhry erneut seines Amtes. Militäreinheiten wurden in staatliche Fernseh- und Radiosender entsandt und übernahmen dort das Programm. Private Sender wurden stillgelegt. Landesweite Proteste von großen Teilen der Bevölkerung brachen aus und riefen nach demokratischen Wahlen 2008. Dem Druck der Straße beugte sich General Musharraf letztlich und setzte für 2008 Wahlen an. Im Dezember 2007 wurde Benazir Bhutto in Rawalpindi während einer Wahlkampfveranstaltung erschossen. Das Attentat geschah genau dort wo bereits der erste Premierminister Pakistans Liaqat Ali Khan 1952 ermordet wurde.

Demokratie als neue Konstante

Nächster Versuch der Demokratie

Die Wahlen fanden im Februar 2008 statt und die Pakistan Peoples Party (PPP) gewann. PPP bildete eine Koalitionsregierung mit der Pakistan Muslim League Nawaz (PML-N). Yusuf Raza Gillani wurde als neuer Premierminister vereidigt. Beide Parteien fokussierten dann die Bemühungen auf die Ablösung General Musharrafs. Dieser trat im August 2008 als Präsident zurück und ging im November desselben Jahres nach London ins Exil. Nach dem Rücktritt von Musharraf wurde Asif Ali Zardari, Benazir Bhuttos Witwer und der Ko-Vorsitzende der PPP, zum Präsidenten von Pakistan gewählt. Im Februar 2009 wurde jedoch die nächste politische Krise mit einem Urteil des Obersten Gerichtshofs entfacht, in dem festgestellt wurde, dass Nawaz Sharif und sein Bruder Shahbaz nicht an Wahlen teilnehmen und öffentliche Ämter bekleiden dürfen. Die Krise erreichte ihren Höhepunkt während des „Langen Marsches“, der am 12. März 2009 begann. Dies war ein Marsch auf Islamabad aus ganz Pakistan, der von der Anwaltsbewegung organisiert wurde, die die erneute Wiedereinsetzung des Obersten Richters Iftikhar Chaudhry und die Absetzung der von General Musharraf ernannten Richter zum Ziel hatte. Nawaz Sharifs PML-N und einige

Oppositionsparteien unterstützten diese Bewegung. Die Krise endete mit Premierminister Gilanis Entscheidung, dass die Regierung den ehemaligen Obersten Richter wiedereinsetzte und das Urteil des Obersten Gerichtshofs über die zukünftigen Rolle der Sharifs überprüft und dann aufgehoben wurde.

Die Tür für Sharif öffnet sich erneut

Im April 2010 unterzeichnete Präsident Asif Ali Zardari die bereits 18. Verfassungsänderung. Die Abänderung richtete die Exekutivmächte neu aus, indem sie die Rolle des Premierministers als die führende im Staate definierte und die Präsidentschaft in ihre ursprüngliche, zeremonielle Rolle zurückführte. Darüber hinaus wurden einige Zuständigkeiten wie für Bildung und Gesundheit an die Provinzen delegiert. Entscheidend für die Gegenwart war aber die Aufhebung der Begrenzung von Amtszeiten des Premierministers. Diese war bis zur 18. Verfassungsänderung auf zwei beschränkt. Nach 2010 war es Nawaz Sharif wieder möglich erneut zu einer Wahl anzutreten. Ministerpräsident Yusuf Raza Gillani stand wegen der verzögerten Korruptionsuntersuchung gegen Präsident Asif Ali Zardari unter Anklage des Obersten Gerichtshofs und wurde unter anderem deswegen seines Amtes enthoben. Neuer Premierminister wurde Raja Pervaiz Ashraf. Die Regierungszeit der PPP wird bis heute mit zügelloser Korruption, einer anhaltenden Energiekrise und steigendem Terrorismus in Verbindung gebracht. Präsident Zardaris Spitzname „Mister 10%“ zeugt davon.

Scheinbare Etablierung der Demokratie

Der Unmut der Öffentlichkeit über Korruption und Vetternwirtschaft in den Reihen der politischen Eliten schuf Raum für einen neuen Akteur. Die Pakistan Tehreek I Insaaf (PTI) unter der Leitung von Imran Khan, einem berühmten ehemaligen Kricketspieler, betrat die Bühne der Politik mit dem Versprechen alles anders und besser zu machen. Bei den Wahlen im Mai 2013 waren die PML-N, PPP und die PTI die stärksten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. LUTZ VIEHWEGER

UNTER MITARBEIT VON
FAWAD HAIDER

August 2017

Kräfte. Die PML-N gewann die Mehrheit im Punjab, die PPP im Sindh und die PTI in Khyber Pakhtunkhwa (KPK). Erst nachdem einige unabhängige Kandidaten der PML-N beigetreten waren, konnte Nawaz Sharif eine stabile Regierung bilden. PPP und PTI gingen in die Opposition. Es war das erste Mal in der Geschichte Pakistans, dass eine friedliche und demokratische Machtübergabe von einer gewählten Partei zur anderen stattfand. Nawaz Sharif wurde zum dritten Mal zum Premierminister gewählt. Dennoch gab es Seitens der Oppositionsparteien Vorwürfe der Wahlmanipulation. Imran Khan organisierte einen monatelangen Protest in der Hauptstadt Islamabad der erst mit einem der verheerendsten Terrorakte in der pakistanischen Geschichte endete.

Terrorismus als täglicher Begleiter

Die Jahre zwischen 2007 und 2013 waren die bisher schlimmsten in der Geschichte des Landes. Mehr als 13.000 Terrorakte wurden in diesen Jahren aufgezeichnet. Seit 2001 hat Pakistan 70.000 zivile und militärische Opfer des Terrorismus zu beklagen. Die direkten und indirekten Kosten für Pakistan in Bezug zum Terror und dessen Bekämpfung werden auf bis zu 100 Milliarden Dollar geschätzt. Diese Phase des massiven Terrors hat einen unberechenbaren Schaden an der kollektiven Psyche des pakistanischen Volkes in Bezug auf das Vertrauen in die Staatsführung verursacht.

Pakistan wurde und wird vorgeworfen, dass Geheimdienste und Militär in der Unterstützung von Terrorgruppen ein Mittel suchen, um sowohl Afghanistan als auch Indien, insbesondere im indisch verwalteten Teil Kaschmirs, zuzusetzen. Damit sollen stabile Nachbarstaaten vermieden werden, die Pakistan in einer Zweifrontenlage in die Zange nehmen könnten. Die Bereitstellung sowohl materieller und finanzieller als auch logistischer Unterstützung, wie sichere Rückzugsräume für Taliban aus Afghanistan, wird Pakistan vorgehalten.

Am 16. Dezember 2014 erlebte Pakistan den bisher tödlichsten und brutalsten Terroranschlag in seiner Geschichte. Sechs Terroristen stürmten eine Schule für Kinder von Armeeingehörigen in Peschawar und eröff-

neten wahllos das Feuer. 141 Personen, darunter 132 Kinder, wurden ermordet. Die ganze Nation war erschüttert. Als direkte Folge beendete Imran Khan seinen Protest in Islamabad und sprach von umfassender Solidarität im Lichte der Ereignisse. Das Militär hatte zwar bereits zuvor mit der Operation Zarb-e-Azab, das „Schwert des Propheten“ in der Region Nord-Waziristan begonnen Militante und ihre Verstecke zu suchen, intensivierte aber nach dem Anschlag die Bemühungen. In seltener zivil-militärischer Einigkeit wurde ein 20-Punkte-Plan erarbeitet (National Actionplan (NAP)), der die Herausforderung des internationalen Terrorismus bewältigen sollte. Im NAP wurde unter anderem die Gründung von Militärgerichten gefordert, die schnell gefasste Terrorverdächtige aburteilen sollen. Ebenso führte die Umsetzung des NAP zu schrumpfenden Räumen für internationale Organisationen und nationalen Aktivisten. Um ihre Arbeit in Pakistan durchführen zu können, unterliegen diese nun einer extrem strengen Kontrolle durch Regierung und Geheimdiensten. Als Begründung wird angeführt, dass sich einige der Terrorgruppen über dubiose Kanäle aus den Reihen von internationalen Nichtregierungsorganisationen finanzierten. Ebenso verschwinden immer wieder Aktivisten und Blogger, die die Rolle der Armee oder den Umgang mit den Unabhängigkeitsbestrebungen der Belutschen aktiv begleiten. Der Begriff der „Shrinking Spaces“, enger werdender Räume, wirkt sich hierbei auf weite Teile der Zivilgesellschaft aus.

Aktuelle Lage Pakistans 2017

Wirtschaftlicher Lichtblick

Trotz all dieser grundsätzlichen Herausforderungen gelingt es Pakistan, Wachstum und Entwicklung voranzutreiben. Im Rahmen des von China initiierten Mega-Projekts „One Belt – One Road“, das die Wiederbelebung der antiken Seidenstraße mit einigen zeitgemäßen Erweiterungen zum Ziel hat, spielt Pakistan eine entscheidende Rolle. Der „China Pakistan Economic Corridor (CPEC)“ setzt auf regionale Konnektivität und eine Verkürzung der chinesischen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. LUTZ VIEHWEGER

UNTER MITARBEIT VON
FAWAD HAIDER

August 2017

Transportwege nach Europa. Ursprünglich auf 46 Milliarden Dollar geschätzt, liegt das Volumen der CPEC-Projekte jetzt bei 62 Milliarden Dollar. CPEC soll die pakistanische Infrastruktur schnell modernisieren und die Wirtschaft durch den Bau moderner Verkehrsnetze, zahlreicher Energieprojekte und Sonderwirtschaftszonen stärken. Die langfristigen Auswirkungen der anfallenden Rückzahlungen und die möglichen politischen Konsequenzen einer engeren Bindung an China werden in Pakistan als händelbar bezeichnet. Zahlreiche Experten haben da einen etwas kritischeren Blick.

China erhofft sich durch die Überlandanbindung an den Hafen Gwadar im Südwesten Pakistans eine wesentlich schnellere Logistikanbindung an Europa und einen weiteren offenen Hafen für die Einflussnahme über das Chinesische Meer hinaus. Allerdings kann diese regionale Konnektivität nur dann voll greifen, wenn auch andere Länder der Region an Bord sind. Pakistan steht aber genau an diesem Punkt vor zahlreichen Herausforderungen.

Beziehungen zu Indien und Afghanistan

Die Beziehungen zu Indien entwickelten sich bis 2016 Schritt für Schritt in die richtige Richtung. Im September 2016 wurde dann allerdings ein indischer Armeestützpunkt im indisch kontrollierten Teil Kaschmirs von vier bewaffneten Personen angegriffen. 19 indische Soldaten und alle Angreifer starben. Indien beschuldigte Pakistan, die Angriffe orchestriert zu haben und reagierte mit einer „chirurgischen Attacke“ auf Lager angebliche militanter Kräfte im pakistanisch verwalteten Teil Kaschmirs. Pakistan bestreitet jedwede Beteiligung an der Attacke. Seit dieser Attacke kommt es nahezu täglich zum sogenannten „Crossborder Fire“ entlang der Line of Control. Die Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten steigen kontinuierlich.

Eine neue Welle des Terrorismus traf das Land im Jahr 2016. Terroranschläge in allen vier Provinzen wurden von Jamat ul Ahrar (JUA), einer Splittergruppe der Taliban, die gleichzeitig ein Bündnis mit dem sogenannten IS eingegangen sind, durchgeführt. Der Rückzugsort dieser Gruppe soll in Afghanis-

tan liegen. Das Militär initiierte daraufhin eine landesweite Operation namens Rad-ul-Fasad, die Terrorzellen aufspüren und, so wörtlich, ausradieren soll. Im Rahmen des NAP beschleunigte die Regierung darüber hinaus ihre Bemühungen, afghanische Flüchtlinge, die seit dem Einmarsch der damaligen Sowjetunion 1979 in Pakistan Zuflucht fanden, mit Hilfe der Vereinten Nationen zu repatriieren. Die Zahlen gehen in die Millionen und tragen somit nicht zu einem besseren Verhältnis zwischen den beiden Nachbarn bei.

Panama Papers und der dritte vorzeitige Abgang Nawaz Sharifs

Auf der Weltbühne spielten 2016 die Enthüllungen rund um die Panama Papers eine gewichtige Rolle. Die pakistanische Öffentlichkeit nahm daran umso intensiver Anteil, da einige der Dokumente zeigten, dass die Kinder von Premierminister Nawaz Sharif von Offshore-Firmen profitierten. Teure Londoner Immobilien und unklare Besitz- und Anteilsverhältnisse an zahlreichen Firmen zogen die gesamte Familie Sharif in den Sog von Recherchen. Infolgedessen reichte Imran Khan von der PTI Klage gegen die gesamte Familie am Obersten Gerichtshof ein. Nach einem langen, lähmenden Prozess verkündeten die Richter im Mai 2017, dass eine Untersuchungskommission, zusammengesetzt aus Mitgliedern verschiedener Institutionen wie Geheimdiensten und Finanzbehörden, die vorgelegten Beweise untersuchen und dann einen Abschlussbericht vorlegen sollte. Am 28. Juli 2017 fällte der Oberste Gerichtshof auf Basis dieses Untersuchungsberichtes ein einstimmiges Urteil und erklärte Nawaz Sharif für ungeeignet, das Amt des Premierministers zu bekleiden. Ausschlaggebend war dabei eine im Bewerbungsbogen für die Zulassung als Premierministerkandidat 2013 verschwiegene Firmenbeteiligung in Dubai. Gegen die Söhne und Tochter Sharifs, gegen den Finanzminister und weitere Personen ordnete das Gericht weitere Untersuchung durch das National Accountability Bureau (NAB) an. Daraufhin trat Nawaz Sharif noch am selben Tag zurück und ernannte den bisherigen Energieminister Shahid Khaqan Abbasi aus

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. LUTZ VIEHWEGER

UNTER MITARBEIT VON
FAWAD HAIDER

August 2017

den Reihen der PLM-N zu seinem Nachfolger. Dieser wurde am 1. August 2017 vereidigt und ist nun der 28. Premierminister Pakistans.

Das politische Nachbeben dieser Entscheidung ist noch nicht vorbei, da auch weitere Politiker, die auf das Amt schielen, wie Imran Khan oder der Bruder Nawaz Sharifs, Shabaz Sharif unter Anklage stehen. Allgemein wird angenommen, dass Nawaz Sharif weiter die Fäden in der Hand hält und alles versuchen wird bei den regulären Wahlen im nächsten Jahr wieder anzutreten. Eigentlich scheint dies mit der Gerichtsentscheidung ausgeschlossen, aber in Pakistan ist auf politischer Ebene alles möglich. Kein Experte wagt eine exakte Aussage, ob das Militär aktiv in die Absetzung Sharifs eingegriffen hat oder ob es noch eingreifen wird, wenn die Nachfolge unsauber geregelt wird.

Pakistans Zukunft

70 Jahre Pakistan waren geprägt vom ständigen Wechsel der Regierungsformen und der geografischen Einbettung zwischen den Nachbarstaaten. Pakistan wird als Teil des Spannungsbogens zwischen Afghanistan und Indien schwerlich ganz zur Ruhe kommen, aber dennoch einen befriedigenden Status Quo anstreben können. Dabei bleibt abzuwarten wie die zukünftige Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik die Rolle Pakistans bewertet.

Innenpolitisch kann man nur hoffen, dass eine weitere Verfestigung der Demokratie zu einem Loslösen von dynastischen Familienparteien führt und die zivil-militärische Kooperation diesen Namen irgendwann verdient. Der religiöse Extremismus ist ein Fakt, dessen Eindämmung großer gesellschaftlicher Anstrengung bedarf.

Neben diesen kritischen Faktoren hat es Pakistan innerhalb der letzten Jahre geschafft, ökonomisch einige Schritte nach vorne zu machen. Pakistan hatte im Jahr 2016 eine Wachstumsrate von 5,28%, die Inflation lag bei 5,6% im Vergleich zu zweistelligen Zahlen 2012 und Pakistan wird heute offiziell als Schwellenmarkt bezeichnet. Der zaghafte wirtschaftliche Aufschwung ist eng mit

chinesischen Investitionen verknüpft. Diese sind kritisch zu bewerten, da die wirtschaftliche Nachhaltigkeit fraglich und die geschaffenen außenpolitischen Verbindlichkeiten komplex sind. Dennoch besteht die Hoffnung, dass das heute sechstbevölkerungsreichste Land der Erde, mit ca. 200 Millionen Einwohnern, wirtschaftlich von einer wachsenden Mittelschicht profitieren wird. Über 70% der Bevölkerung sind unter 35 Jahre alt und zeugen von dem riesigen Potential das in Pakistan schlummert. In welche Richtung dieses Potential nun abgerufen werden soll muss sich zeigen.

Am 70. Geburtstag steht Pakistan wieder am Beginn einer neuen Regierung und erneut mitten im Konflikt mit Indien. Wirtschaftliche Entwicklungen rund um den 70. Geburtstag lassen aber hoffen, dass es in den kommenden Jahren zu einer Zeit des Aufschwungs und der weitere Stabilisierung der Demokratie kommen könnte.